

informationsdienst

alter & forschung

Berichte zum demografischen Wandel

60+ und arbeitslos ●

Vermittlung und Förderung - ein Anspruch besteht auf beides..... 3

☞ Im Oktober vor zehn Jahren wurde die Agenda 2010 auf den Weg gebracht, und seither gilt das Prinzip „Fördern und Fordern“ als zentrales Element der von Rentenreformen flankierten aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Vorruhestandsähnliche Regelungen wurden abgebaut und Frühverrentungsmöglichkeiten reduziert. Die Erwerbsbeteiligung der über 55-Jährigen legte deutlich zu; die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit der Älteren ab 60 Jahre allerdings ebenfalls. Und in den Arbeitsvermittlungen besteht zunehmend die Aufgabe, auch diese Klientel bei der Arbeitsuche zu unterstützen und passende Qualifizierungsangebote zu machen. Dass da noch „ein gewisser Förderrückstand“ aufzuholen sei, merkte unlängst das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen nach einer Analyse der hier zum Einsatz kommenden Instrumente an: In Relation zur Arbeitslosenzahl beliefen sich die Teilnahmen 56-jähriger Arbeitsloser an Aktivierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen 2011 im Schnitt auf 28 Prozent; bei den 62-Jährigen lag diese Quote lediglich bei neun Prozent.

Infrastrukturen ●

Demografischer Wandel, kommunale Daseinsvorsorge, Investitionsbedarf..... 11

☞ „Stadt der kurzen Wege“ als Leitbild und „Design for all“ als ganzheitliches Konzept empfiehlt eine am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, entstandene Studie, wenn bei Infrastrukturmaßnahmen in Städten und Gemeinden nicht nur sinkende Einwohnerzahlen, sondern vor allem ein wachsender Anteil älterer Menschen zu berücksichtigen sind. Und vermutlich wird es auch eine ganze Reihe Älterer geben, die mit Mobilitätseinschränkungen zurechtkommen müssen. Wie gut ihnen ein selbstständiges Leben gelingt und in welchem Maß ihnen gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, hat viel damit zu tun, wie zugänglich und erreichbar - kurzum: barrierefrei - sich die soziale Infrastruktur vor Ort präsentiert. Rund 28,3 Milliarden Euro, hat das Difu ausgerechnet, dürften bis 2030 allein die baulich-technischen Anpassungen kosten, die hierfür im ÖPNV, bei Straßen, im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum erforderlich sind. Nach Ideen für die Umsetzung müsste man in den zuständigen Dezernaten und Ämtern nicht weit schauen; die vielerorts bestehenden Seniorenvertretungen sind sicher gern bereit, ihr diesbezüglich erworbenes Erfahrungswissen beizusteuern.

Kurz berichtet ●

Rentner- und Pensionärshaushalte: Ausstattung mit Fahrzeugen, Unterhaltungselektronik, IKT und Haushaltsgeräten 17